

Die „Zaibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Carmond = Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions = Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Zaibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Das Finanzministerium hat bei seinen Hilfsämtern die Direktionsadjunkten Johann Stier und Johann Vogel zu Direktoren, und die Kanzlei-Offiziale Simon Schreib, Leopold Kunz, Joseph Baumgartner, Franz Engelmann, Moriz Seegner, Karl Oberleitner und Eduard Giersig zu Direktionsadjunkten ernannt.

Das Justizministerium hat die bei dem Kreisgerichte in Tabor erledigte Hilfsämter-Direktorstelle dem Hilfsämter-Direktionsadjunkten des Kreisgerichtes in Pisek, Augustin Janda, verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Zaibach, 14. Jänner.

Die Note Drouyn de Lhuys vom 8. d. M., von welcher die „S. D. Z.“ einen Auszug veröffentlichte, bestätigt die Ansichten, welche wir über die französische Politik in der deutsch-dänischen Angelegenheit gehabt haben. Diese Note ist aber noch außer dem, gegen Deutschland angeschlagenen freundschaftlichen Tone bemerkenswerth.

Der Kaiser Napoleon gehört bekanntlich auch zu den Unterzeichnern des Londoner Protokolls, durch welches Schleswig-Holstein für immer von Deutschland getrennt werden sollte, es wäre daher ganz natürlich, wenn er in dem gegenwärtigen Streite sich offen auf die Seite Dänemarks stellte; außerdem ist ja Dänemark ein alter Bundesgenosse Frankreichs, der Kaiser der Franzosen könnte daher, ohne im Mindesten aus der Rolle zu fallen, auf die Erhaltung des dänischen Gesamtstaates dasselbe Gewicht legen, wie die beiden deutschen Großmächte; es wäre ferner ganz begreiflich, wenn er eine Vergrößerung des deutschen Gebietes, verbunden mit der voraussichtlichen Gründung einer deutschen Seemacht, nicht eben wünschenswerth fände. Alle diese Gründe jedoch sind nicht stark genug gewesen, um Napoleon eine Haltung annehmen zu lassen, welche von Deutschland als eine feindliche betrachtet werden müßte. Louis Napoleon, der als Präsident der franz. Republik die unglückseligen Londoner Abmachungen mit zu Stande bringen half, spricht heute als Kaiser der Franzosen ein offenes Verdammungsurtheil darüber aus; er nennt jenen Vertrag, ein ohnmächtiges Machwerk!

Ohnmächtig! Der Ausdruck ist nicht ohne Absicht gewählt gegenüber einem Vertrag, der von fünf Großmächten unterzeichnet wurde, sagt die „D. D. P.“; ohnmächtig, weil die Beschlüsse der letzteren „von der Mehrzahl der Sekundärstaaten Deutschlands bestritten werden.“ Wir übersehen nicht die lockende Bedeutung, die hierin liegt; dem ersten Napoleon ist es geglückt, die Sekundärstaaten Deutschlands zu sich hinüber zu ziehen. Es ist nur eine Tradition seines Hauses, welche Napoleon III. befolgt, wenn er bei der ersten Gelegenheit, die sich darbietet, dieselben Wege einzuschlagen versucht. Aber die Regierungen der beiden deutschen Großmächte sollten aus dieser französischen Note sich zunächst eine Lehre nehmen. Sie sollten sich sagen, daß die Sympathien, wir möchten beinahe sagen, die Allianzen, welche der Fremde in der Mitte Deutschlands für sich zu gewinnen sucht, für sie selbst viel nothwendiger sind. Oesterreich namentlich sollte es sich gesagt sein lassen, daß seine Stellung in Deutschland zum guten Theil darauf beruht, daß die Mittelstaaten bei Kraft und Einfluß bleiben und daß ein politischer Sieg, den es Arm in Arm mit Preußen über das befreundete Bayern, Württemberg und Sachsen erringen würde, ein wahrer Pyrrhusieg wäre, den es hinterdrein sehr theuer zu bezahlen hätte.

Der beim Bunde eingebrachte österreichisch-preussische Antrag auf Besetzung Schlesiens durch die Großmächte allein birgt eine große Gefahr für den Bund selbst in sich, und heute schon wird in Frankfurt über die Existenz des Bundes, dieses schwächsten Abbilds deutscher Einheit, der Entscheid erfolgen. Geht der Antrag durch, so verliert der Bund den letzten Rest des Ansehens bei der Nation, geht er nicht durch, so ist das Schisma fertig. Was dann? dann tritt an die Stelle der kleinen deutsch-dänischen Krise die große deutsche, und wir stehen am Rande eines Abgrundes, der alle Schrecken des Bürgerkrieges, der Revolution, der Einnischung des auf Vente lauernden Auslandes in sich birgt.

18. Sitzung des Herrenhauses

am 12. Jänner.

Auf der Ministerbank: Rechberg, Mesfery, Freiherr v. Mertens, später Lasser, Plener.

Nach Vorlesung des Protokolls wird zur Tagesordnung geschritten.

Superintendent Haase referirt über das Budget des „Polizeiministeriums.“ Die Anträge der Finanzkommission stimmen mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses überein und werden ohne Debatte angenommen.

Fürst Colloredo berichtet über das Kapitel „Kontrollbehörden.“ Die Anträge der Finanzkommission, welche mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses übereinstimmen, werden ohne Debatte angenommen.

Feldmarschall Freiherr v. Heß berichtet über das Budget des Kriegsministeriums. Die Anträge der Finanzkommission differiren in 3 Punkten mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses: 1. beantragt die Finanzkommission, nicht die vom Abgeordnetenhause beschlossene Einstellung der Einkünfte des allgemeinen Grenzvermögens, sowie des Grenzbildungs- und Erziehungsfondes (174.156 fl.); 2. beantragt die Finanzkommission, der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Einstellung des Kassauüberschusses von 1.500.000 fl. vom Ende des Militärjahres 1862 schon jetzt in die Dotation des Jahres 1864, nicht beizutreten; 3. das Abgeordnetenhaus hat die Einbeziehung der Taxkapitals- und Ersparungen, welche bisher zu Gunsten des Stellvertreterfondes eingebracht sind, nunmehr zu Gunsten der Finanzen beschlossen. Die Finanzkommission beantragt, zur Aenderung irgend einer Bestimmung über die Gebahrung des Stellvertreterfondes seine Zustimmung nicht zu geben. Dem zufolge beantragt die Finanzkommission das Erforderniß des Kriegsbudget mit 123.104.350 fl. (statt 122.842.350 Gulden), die Bedeckung mit 15.612.753 fl. (statt 17.286.909 fl.), also den Zuschuß aus Staatsfinanzen mit 107.491.597 fl. (statt 105.555.441 fl.).

JMR. v. Mertens, an eine Erklärung des Herrn Kriegsministers im Abgeordnetenhause anknüpfend, bemerkt, daß das Kriegsministerium an der äußersten Grenze der Ersparnisse angelangt sei und eine weitere Verminderung des Militärbudgets der Schlagfertigkeit des Heeres Abbruch thun müßte. Er motivirt die Anträge der Finanzkommission und empfiehlt dieselben zur Annahme seitens des hohen Hauses. Seine Erklärungen rufen namentlich bei der Auseinandersetzung von Punkt 3 lebhafteste Beifallsäußerungen hervor.

Graf Clam-Gallas erklärt, den Gegenstand im Interesse der Staatersparnisse auf's gewissenhafteste geprüft zu haben. Er ist ebenfalls zu dem Resultate gelangt, daß weitere Abstriche am Kriegsbudget nicht rathlich seien. Dabei ist es ihm nicht beizukommen, dem andern Hause nahezutreten; beide Häuser verfolgen das gleiche Ziel, das Wohl des Landes und die Aufrechthaltung der Monarchie.

Er anerkennt die Gründlichkeit, mit welcher das andere Haus zu Werke gegangen, bedauert aber den Mangel an Experten in demselben. Die Vornahme von Abstrichen erscheint dem Laien leicht; anders urtheilt der Fachmann. Ohne ein Staatsmann zu sein, glaubt er behaupten zu können, daß die Frage, ob Krieg, ob Friede? im gegenwärtigen Augenblicke von Niemandem beantwortet werden könne. Darum müsse er vor weiterer Abschwächung der Armee warnen.

Er zweifelt nicht an der Opferwilligkeit jedes Oesterreichers im Momente der Gefahr (Bravo), aber im Momente der Gefahr dürften die Opfer zu spät gebracht werden. Das Nothwendige, z. B. die angeregte Herstellung von Panzerfregatten, könne nicht erst im letzten Momente beschafft werden.

Er weiß, daß seine persönliche Ansicht nicht maßgebend sei. Aber in diesem Raume befinden sich die kompetentesten Autoritäten der Armee. Er appellirt an die Anschauung dieser Koryphäen und hofft auf keinen Widerspruch zu stoßen. Geld ist viel, mehr aber ist das Bewußtsein, zur Wachsstellung Oesterreichs beigetragen zu haben. (Bravo) Der Armee müssen die Mittel zur Erfüllung ihres ehrenvollen Berufes gegeben werden. (Bravo.)

Nach spricht der Redner gegen Restringirung der Funktionsgelder; die Zulagen seien unter dem Bedarf und der General vertrete Se. Majestät den Kaiser eben so, wie der Statthalter.

Die Pensionirungen und Avancements gehören nur in den Bereich des obersten Kriegsherrn, dafür werde er jederzeit sprechen. Im Uebrigen stimme er mit der Kommission. (Bravo.)

Graf Leo Thun erinnert an das verfassungsmäßige Recht beider Häuser zur Feststellung des Budgets. Dem höchsten dritten Faktor gegenüber müßten die Beschlüsse immer den Charakter der innersten Ueberzeugung haben. Der Mahnruf, dem Abgeordnetenhaus, als dem eigentlichen Vertreter der Bevölkerung, nicht zu schroff entgegenzutreten, sei seiner Genes nach ein mittelalterlicher Gedanke.

Graf Anton Auersperg. Er wolle nur einem Vorwurfe entgegenreten, nämlich des mangelnden patriotischen Gefühls, wenn dieser Ausdruck ihm hätte gelten sollen. Man könne verschiedene Ansichten haben, ohne daß dadurch ein Mangel an Patriotismus sich zeigt. Wenn er auch anderer Ansicht sei, als der Vorredner, nehme er doch den Patriotismus für sich ebenso in Anspruch, wie dieser.

Graf Leo Thun erklärt, nur gesagt zu haben. Derjenige sei unpatriotisch, der von einem Attentat auf das andere Haus spricht, ohne dabei eine Person im Auge gehabt zu haben.

Graf Hartig rechtfertigt den Standpunkt der Kommission und sagt: Der Staatsminister habe in derselben erklärt, beide Häuser hätten auch in der Budgetfrage das gleiche Recht, mit der Ausnahme, daß das Budget im Abgeordnetenhause vorgelegt werden muß. Die Basis aller Vorgänge könne nur das Oktoberdiplom und die Februarverfassung sein; das Haus habe sich wiederholt dagegen verwahrt, daß die Grundgesetze anderer Länder nicht auf Oesterreich angewendet werden können und dürfen. Was die Kassafrage betrifft, müsse er erwähnen, daß er lange im Staatsrathe mit der Budgetprüfung betraut war. Damals war es Usus, daß Kassafrage gleich nach Abschluß des Jahres stets dem Finanzminister zur Verfügung gestellt wurden. Erst in neuerer Zeit sei man davon abgekommen und habe erst 6 Monate nach Abschluß diese Reste in die Rechnung einbezogen. Redner spricht sich auch gegen jede Verfassungsänderung aus, wie sie von Graf Thun empfohlen wurde.

Graf Thun sagt: er sei mißverstanden worden, er habe nicht für, sondern gegen Verfassungsänderung gesprochen.

Vizepräsident Graf Kuske. Er wolle darauf aufmerksam machen, daß im Abgeordnetenhause

als ein Wort gefallen ist, welches die Gleichberechtigung in Abrede stellte, vielmehr haben zwei Berichterstatter im Abgeordnetenhaus dieselbe sogar betont. Man habe für diese also

1. den Wortlaut der Verfassung,
2. den Ausdruck des Staatsministers,
3. endlich selbst die Meinung des anderen Hauses.

Berichterstatter Freiherr v. Heß macht darauf aufmerksam, daß bei Gründung des Stellvertreterhauses die Absicht Sr. Majestät eine doppelte war. Erstens das Wohl der Armee, dann das Wohl seines Volkes, dem durch die Möglichkeit der Stellvertretung eine Erleichterung geschaffen wurde. Er müsse das erwähnen, weil man den Vortheil, den dieser Fond der Armee bringt, hervorhebt.

Redner befürwortet noch die Zulage des Militärbevollmächtigten, für welche er mehrere Gründe geltend macht.

Minister des Aeußern Graf Rechberg weist auf die notwendigen Auslagen, welche der Militärbevollmächtigte in Frankfurt hat, hin und die vorgeschriebenen sind, und von diesem nicht vermieden werden können. An gewissen Tagen müsse er die Mitglieder der Kommission, sowie an anderen Tagen wieder Mitglieder des Offizierskorps bei sich sehen, wodurch er zu Auslagen verpflichtet ist, die er nicht bestreiten könnte, wenn ihm die Funktionszulage entzogen werden würde. Der Minister weist noch darauf hin, daß die Ernennung des gegenwärtigen Militärbevollmächtigten streng nach den Vorschriften des Staates erfolgt sei, und da derselbe Fall eintrete, wie bei den anderen Funktionären, bei denen die Regierung Abminderungen ihrer Bezüge nicht zugeben zu können erklärte.

Es wird zur Spezialdebatte geschritten. — Vor der Abstimmung über die Grenzfonde spricht:

Minister v. Caffer berichtet zuerst eine Aeußerung des Grafen Thun dahin, daß die Regierung keineswegs die Zulage des Gendarmerie-Inspektors in dem Budget ausgelassen habe. Es sei nur eine Abminderung der Gesamtsumme mit Einwilligung des Inspektors vorgenommen worden, wodurch die Regierung eben bewiesen habe, daß, wo Ersparungen möglich sind, diese auch vorgenommen werden. Was den vorliegenden Gegenstand betreffe, wolle er das h. Haus umweniger mit Wiederholungen ermüden, als er die bezüglichen Erklärungen im Abgeordnetenhaus und in der Finanzkommission dieses Hauses gegeben und im Hause selbst den Grundätzen der Regierung gegenüber sich keine Stimme geltend macht. Er wolle also nicht eine Lanze brechen für einen Gegenstand, der nicht angegriffen wurde.

Vor der Abstimmung über die Kassareste ergreift Finanzminister v. Plener das Wort und bemerkt zuerst, daß Kassareste eben nur bei der Armeeverwaltung vorkommen können, welche ihre eigenen Kassaverwaltungen habe. Die ganze Summe, welche die Militär-Verwaltung für einen Monat braucht, wird derselben auf einmal übergeben und da sei es möglich, daß am Ende des Monats ein Rest sich ergibt, welcher aber notwendig ist, um den Verwaltungsapparat nicht in Störung zu bringen. Ganz verschieden davon sei aber der Kassauüberschuß, welcher nach Abschluß der Rechnung sich ergibt, aber auch dann nur, wenn alle darauf haftenden Verbindlichkeiten erfüllt wurden. Der Kassarest kann also nicht als Guthaben betrachtet werden, weil er mit Verbindlichkeiten belastet ist; der Minister geht nun auf die verschiedenen Ansätze über, mit welchen der in Rede stehende Kassarest in die Rechnung einbezogen wurde, und zeigt, ähnlich wie er es im Abgeordnetenhaus gethan, daß, wenn überhaupt von einem Reste die Rede sei, dieß nur in dem Betrage von 922 000 fl. der Fall sein könne. Aber auch diese Ziffer sei noch nicht die richtige, weil nicht erwiesen sei, daß dieser Kassauüberschuß auch mit Ende 1863 fortbestand, indem eine vorgenommene Scontrirung ergab, daß für den Monat November bloß 395 000 fl. disponibel seien. Erst wenn die Abrechnungen geschlossen und alle Verbindlichkeiten erfüllt sein werden, werde sich eine bestimmte Ziffer für den Kassauüberschuß angeben lassen.

Die Anträge der Finanzkommission werden fast einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung 2¹/₄ Uhr.

19. Sitzung des Herrenhauses

am 13. Jänner.

Auf der Ministerbank: Burger, Kontreadmiral Bisslak, später Plener.

Nach Vorlesung des Protokolls wird zur Tagesordnung geschritten.

Feldmarschall Freiherr v. Heß berichtet über das Budget der Marine.

Die Anträge der Finanzkommission differiren bei der Kriegsmarine mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses in zwei Punkten.

1. Beantragt die Finanzkommission den Abschrich von 229.070 fl. bei den Schiffsausrüstungsgebühren, welchen das Abgeordnetenhaus vorgenommen, nicht beizutreten. Sie begründet ihren Antrag damit, daß die Ausbildung der Matrosen im wahren Seedienst ein Bedürfnis der Marine ist, sowie die Stationirung kleinerer Flotillen oder einzelner Kriegsschiffe nach den jedesmaligen Konjunkturen und auch zum Schutze unseres Handels gleichermaßen für ein unerlässliches wie merkantiles Erfordernis macht.

2. Beantragt die Finanzkommission der Herabsetzung des Budgets um jene Quote der Ersatz-Bauvergente, welche im Betrage von 394 575 fl. zum Bau einer dritten Panzerfregatte beantragt war, nicht beizutreten. Diese Summe konnte nach der Ansicht der Finanzkommission wohl in der Art ihrer Verwendung bemängelt, nicht aber von Prozenten abgezogen werden, welche jeder Marine als unentbehrlich stets bewilliget werden und mit dem Ansatze von 6% bei uns nicht höher als bei allen andern Marinen bemessen sind. Es ist jedoch Aufsicht der Kommission, daß diese 394 575 fl. nicht auf den Bau einer dritten Panzerfregatte, sondern zu Neubauten als Ersatz der unbrauchbar gewordenen, schon im Stande der Kriegsmarine befindlichen Holzschiffe verwendet werden solle.

Demgemäß beantragt die Kommission, das vom Abgeordnetenhaus mit 9 464 034 fl. bewilligte Erfordernis der Kriegsmarine um 623 645 fl. zu erhöhen, somit den Betrag von 10 087 679 fl. einzustellen.

Zugleich beantragt die Kommission, daß in diesem Budget ähnlich wie im Kriegsbudget die Uebertragung von Ausgaben aus einem Theile in den andern gestattet werde.

Der Berichterstatter erklärt, noch einige Aufklärungen über die Marine geben zu wollen. Man legt selbst in kompetenten Kreisen der Kriegsmarine nur eine sekundäre Bedeutung bei, und stütze sich dabei auf das Urtheil des Kaisers Franz I. Aber auch dieser Kaiser würde heut gewiß anderer Meinung sein, wenn er die österreichische Handelsmarine sehen würde, welche bei ihrer immer wachsenden Ausdehnung auch immer weniger des Schutzes der Kriegsmarine entbehren kann. Redner zeigt auf die Eventualität eines italienischen Krieges hin, und sagt:

Wenn die Marine zu jener Zeit nicht schlagfertig ist, kann es leicht geschehen, daß eine feindliche Flotte alle Küstenstädte in Kontribution setzt, ein Schade, der zu den gemachten Ersparungen in keinem Verhältnisse steht. — Eine andere Rücksicht sei, daß österreichische Schiffe im schwarzen und in anderen Meeren unter dem Schutze der russischen, englischen, ja in den chinesischen Wässern unter preussischer Flagge fahren, und die österreichische Flagge verläugnen. Redner zeigt noch die strategischen Nachteile für die Landarmee, wenn die Flotte in einem Momente das Meer räumen muß, wo die Landarmee in Detailgefechten siegreiche Erfolge erringt, und zeigt auf die Folgen hin, welche eine Räumung des adriatischen Meeres für die Küsten und Häfen hätte. Er halte Piemont gegenüber eine Flotte für ein notwendiges Bedürfnis der Monarchie. (Bravo!)

(Schluß folgt.)

66. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 12. Jänner.

(Schluß.)

Dr. Giskra (gegen den Ausgabuantrag.) Er sei kein Fachmann, glaube jedoch seine individuelle Ansicht aussprechen zu sollen. Alle drei Standpunkte, von denen aus die früheren Herren Redner den Antrag vertheidigt haben, hätten ihre Berechtigung und die zufällige Vertheidigung der Vorlage durch den Finanzminister sei ohne alle Bedeutung. Das Bedürfnis nach einem Schutze sei ein allgemein anerkanntes und bei den bedeutenden Werthen leicht erklärliches. Redner legt einige Goldwaarengegenstände, die er als Nr. 3 Gold in Wien gekauft, vor, und laßt selbe im Saale zirkuliren. (Heiterkeit.)

Der kleine Fabrikant sei nicht in der Lage, sich bei dem kleinen Umfange seines Geschäftes jenen notwendigen Kredit zu erwerben, die Staatsgarantie muß ihm dann das notwendige Vertrauen schaffen. (Bravo.) Redner verliest eine halbamtliche Mittheilung des Generalkonsulates in Paris, aus der hervorgeht, daß in Frankreich die Einfuhr von Goldwaaren im Werthe von mehr als 32 Millionen Franks stattgefunden habe. (Redner legt dieses Atteststück auf den Tisch des Hauses nieder.) Die Handelskammer von Prag habe 1852 und 1856 die Punzierung als sehr dringend bezeichnet. Bezüglich des Silbers hätte sich keiner der Experten gegen die imperative Kontrolle ausgesprochen, sondern nur beim Golde.

Mehr als alle Petitionen spreche der Umstand, wenn Fälle des Betruges, wie er selbst dem Hause vorgelegt, vorkommen. Alle italienischen Handelskammern, mit Ausnahme der venetianischen, haben sich dafür erklärt. In Pest habe sich Kommune, In-

nung, Statthalterei für das imperative System ausgesprochen. In Belgien ist das Prinzip der zwangsweisen Punzierung bis auf die äußersten Grenzen durchgeführt. Die Qualitätsordnungen seien mehr polizeiliche Maßregeln gewesen. Der Einwendung, durch dieselbe werde die Gewerbefreiheit beschränkt, liege eine falsche Vorstellung der Gewerbefreiheit zu Grunde. Im lombardisch-venetianischen Königreiche, gleichsam der Wiege der österr. Gewerbefreiheit, besteht diese zwangsweise Punzierung. In Oesterreich wolle man nur wirkliches Gold punziren, bis zu einem bestimmten Feingehalt; die Industrie mag sich frei bewegen und für den amerikanischen und afrikanischen Markt so viel Waaren erzeugen, als sie wolle, aber die Punze solle sie nicht tragen.

Eine minderhältige Waare als besserhältige zu verkaufen, begründe nur einen zivilrechtlichen Betrug und die Ausführung des Strafgesetzes sei unpassend. Ihm komme es nur darauf an, daß alle Gesichtspunkte gewahrt werden; nur das Prinzip möge gewahrt werden; Im Schutze des Publikums gipfete sich die ganze Frage! (Bravo, Bravo.)

Dr. Schindler stellt den Antrag, mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde die Sitzung zu schließen. (Bei der Abstimmung bleibt der Antrag in der Minorität.)

Sektionsrath v. Rosner glaubt sich lediglich auf einige Berichtigungen beschränken zu müssen, nachdem die anderen Gesichtspunkte eine so glänzende Vertheidigung gefunden. Redner gibt einige Details bezüglich der Punzierungstaxe, um zu deduziren, wie unbedeutend dieselbe ist. Eine Bevorzugung der ausländischen Produktion sei nicht beabsichtigt. Die Begriffe repressive und fakultative seien nicht genügend klar.

Berichterstatter Dr. Groß repliziert namentlich den Dr. Giskra. Auch ohne der Reklame des Dr. Giskra mit seinen vorgezeigten Goldwaaren werde das Haus wissen, daß Betrügereien immer stattgefunden. Trotzdem, daß das Gesetz jetzt nicht gehandhabt wurde, hätte sich eine Steigerung in den Einnahmen der Punzierungsämter ergeben, um wie viel mehr bei der Einführung des Gesetzes. Man müsse bei Beurtheilung dieses Gesetzes österreichische Verhältnisse ins Auge fassen. Für sein eigenes Votum nehme er das politische Moment der Frage als maßgebend auf. Die Regierungsvorlage sei ein Beitrag zur Erziehungsgeschichte der österreichischen Völker (Heiterkeit links.) Das Prinzip des Mißtrauens, welches in den Gesetzen der Vergangenheit maßgebend war, hat Behauptungen hervorgerufen, es gebe mehr Talente als Charaktere. Dieses Uebels dürfen wir uns nicht schuldig machen und deshalb für den Ausgabuantrag stimmen. (Gelächter links.)

Der Antrag des Dr. Berger als aufschiebender gelangt zuerst zur Abstimmung, bleibt jedoch in der Minorität.

Für den Antrag des Abgeordneten Sekene: „Das Haus wolle sich für die imperative Punzierung aussprechen“ ergibt sich die überwiegende Majorität.

Ueber die Bestimmung der Tagesordnung erhebt sich eine lebhafte Kontroverse zwischen Prof. Herbst und Dr. Mühlfeld.

Prof. Herbst stellt den Antrag, eventuell auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den Bericht über die Prüfung der Staatsgarantien bei Eisenbahnunternehmungen zu setzen.

Dr. Mühlfeld macht diesem Antrage gegenüber die Bestimmung der Geschäftsordnung geltend, nach welcher die Regierungsvorlagen stets früher in Verhandlung gezogen werden müßten.

Präsident bemerkt, das Verhältniß der Tagesordnung des engeren Reichsrathes gegenüber der des weitem Reichsrathes involvire ein Prinzip, das, wie er glaube, eine demnächste Sitzung sehr eingehend beschäftigen dürfte.

Prof. Herbst zieht seinen Antrag zurück, und als früherer Gegenstand der Tagesordnung bleibt der Ausgabuantrag über die Luxussteuer.

Die Sitzung schließt um 3¹/₄ Uhr.

Oesterreich.

Wien. Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben zur Erbauung der neuen Kirche in Prein in Niederösterreich den Betrag von 300 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

Pest, 9. Jänner. Es scheint nun unzweifelhaft, daß die in der ersten Hälfte des vorigen Monats hier aufgefundenen Proklamationen von einem wirklich bestehenden Comité herrührten. Im selben Sinne, wie die Proklamation, wurden vor einigen Tagen Drohbriefe an mehrere Landsteute geschickt, von welchen bekannt ist, daß sie mit größerem oder geringerem Eifer für eine Transaktion wirken. Endlich sollen auch jene Personen ernstlich verwahrt worden sein, die es für gut befunden haben, die ihnen am 17. v. M. ins Haus geschickten Proklamationen dem Herrn

Militär- und Festungs-Kommandanten Generalmajor v. Neuwirth, zu übergeben. Unter Denjenigen, die mit dem Tode bedroht wurden, gehört nebst dem Redakteur des „Sürgöny“, Herr Tenyes, auch Herr Johann v. Besze, der, wie bekannt, vor nicht langer Zeit einen Aufruf an seine Wähler erließ, in welchem er die Nothwendigkeit eines baldigen Ausgleiches besonders betonte. Soeben erfahre ich, daß eine zweite aufrührerische Proklamation in Umlauf gesetzt wurde, die sehr ausführlich gehalten sein soll. (S. 21.)

Ausland.

München, 10. Jänner. Man ist hier sehr ungeduldig über die allgemeine Stockung in der Schleswig-holstein'schen Frage. Die „Würzburger Staaten“ haben gegenwärtig einigen Grund, auf Hannover zu zürnen. Seit dem Bundesbeschlusse vom 7. December hält Hannover zu Preußen. Ob der Noth gehorchend, nicht dem eigenen „Drange“, vermögen wir nicht zu sagen, bemerkt die „Bayerische Zeitung“ hiezu. Aber durch vorübergehende Stockungen wird die nationale Politik, mit welcher die Mittelstaaten, Baiern voran, sich vollständig identifiziren, nicht erschüttert. Es handelt sich schließlich nur um größere Konzentration und bessere Rüstung. Der Brief des Kaisers Franz Josef, der in München gerade als „deutscher Mann“ die lebhaftesten Sympathien genießt, an König Max von Baiern, soll sehr erfreut haben. Wir glauben, Oesterreich hat dadurch die vorhandenen Versäumnisse zwischen zwei so eng befreundeten Ländern, wie Oesterreich und Baiern, beseitigt.

Aus **Turin 10. Jänner**, schreibt man der „Fr. Ztg.“: Wir hatten schon öfter Gelegenheit, zu konstatiren, wie unendlich besser und unparteiischer Mazzini über die Stimmung in den verschiedenen Theilen Ungarns unterrichtet sei, als die Regierung. Dieß hat sich wieder bei dem letzten Revolutionirungsversuche Kossuths bewährt. Es dürften ungefähr 5—6 Wochen her sein, daß Kossuth Mazzini und seinen Agenten einen Plan vorlegte, Oesterreich gleichzeitig in Italien und Ungarn anzugreifen. Er machte so glänzende Versprechungen, schilderte die Organisation der Revolution in Ungarn als so leicht, daß selbst Mazzini, welcher schon seit längerer Zeit sehr wenig auf Kossuth und die ungarische Emigration hielt, der Sache Aufmerksamkeit schenkte und den Revolutionsplan Kossuths Garibaldi übersandte. Merkwürdigerweise hatte gerade dieser Sanguiniker Kossuth besser als alle Anderen beurtheilt und theilte daher Mazzini mit, daß er auf die Versprechungen Kossuths gar nichts gebe und ihm nicht den geringsten Glauben schenke. Er habe sehr verlässliche Nachrichten aus Ungarn und diese ständen im grellen Widerspruche mit den sanguinischen Plänen und Versicherungen Kossuths; er (Garibaldi) halte es daher für das Beste, sich gar nicht mehr mit Kossuth und dessen Anhang einzulassen, um so mehr, da er den Verdacht nicht unterdrücken könne, Kossuth sei ein einfacher Agent Louis Napoleons.

Obwohl diese Erklärung Garibaldi's mit den eigenen Ansichten Mazzini's so ziemlich übereinstimmt, so wollte er die Anträge Kossuths doch nicht so unbedingt zurückweisen, bevor er sich näher über die wirklichen Verhältnisse in Ungarn informiert habe, ja er selbst drängte Kossuth dazu, indessen einen Versuch zu machen, wie sein Einfluß in Ungarn stehe, und es kann daher jene Proklamation, welche in letzter Zeit in Ungarn mit so geringem Erfolg verbreitet wurde, auf den Rath Mazzini's erlassen worden sein. Gleichzeitig schickte aber Letzterer auch mehrere verlässliche Agenten nach Ungarn, die nach persönlicher Wahrnehmung über die dortigen Verhältnisse berichten sollten. Dieselben konnten sich an Ort und Stelle von dem Gasco Kossuths überzeugen und ihre Berichte lauteten daher einstimmig entschieden dahin, daß an eine Revolutionirung Ungarns nicht im entferntesten zu denken sei und Kossuth nicht den geringsten Einfluß mehr in seinem Vaterlande besitze. Mazzini wies hierauf die Anerbietungen Kossuths entschieden zurück, sagte im sehr derb seine Meinung und die Verbindung zwischen Kossuth und der italienischen Aktionspartei kann als vollständig und für immer abgebrochen bezeichnet werden (?). Kossuth, derart schroff von Mazzini abgewiesen, wandte sich an die piemontesische Regierung und zwar mit ziemlichem Erfolge. Er wurde erst vorige Woche vom Ministerpräsidenten Minghetti und dem Minister des Aeußern Visconti Benosi empfangen und hatte lange und eingehende Besprechungen mit ihnen. Wie wir aus verlässlicher Quelle erfahren, wurde ihm hier bedeutet, daß zwar für den Augenblick Italien eine Aktion gegen Oesterreich nicht zu unternehmen in der Lage sei, daß aber, sobald die Zeit hierzu gekommen, man seine, d. h. Ungarns Unterstützung mit Freuden annehmen und das Nöthige verfügen werde, um ein

gegenseitiges Einvernehmen zu erzielen. Kossuth ist nun nach London abgereist, doch, wie wir auf das Bestimmteste versichern können, hat derselbe einen direkten Briefwechsel mit den piemontesischen Regierungsmännern einzuleiten gewußt.

Paris, 9. Jänner. Gestern begann im gesetzgebenden Körper die Diskussion über die außerordentlichen Kredite und es steht dahin, ob sie heute schon zu Ende gehen wird. Zuerst trat Berryer, der berühmte Legitimist, auf und beleuchtete in einer großen meisterhaft durchgeführten Rede die Finanzwirtschaft des Kaiserreichs im Allgemeinen, wie in ihren einzelnen Wandlungen und Verirrungen.

Schließlich wendet sich Berryer zuletzt an die Regierung selbst mit nachfolgenden, gewiß auch für das Ausland denkwürdigen Worten: „Da, wo unsere Ehre gegen jeden Makel gesichert ist, da, wo Niemand die Interessen Frankreichs zu gefährden und seine Ehre im Geringsten zu verletzen, noch weniger sein Gebiet zu mindern wagt: da verlange ich von der Regierung, den Frieden, den Frieden Frankreichs inmitten der Staaten Europas aufrecht zu erhalten. In jedem anderen Lande als in dem unsrigen wäre es gefährlich und unklug, ich möchte mich beinahe ausdrücken: unnational, zu sagen: „Wir bedürfen des Friedens nicht.“ Frankreich kann sehr laut zu seiner Regierung sagen: „Wir bedürfen des Friedens; Eure erste Pflicht ist, den Frieden Frankreichs inmitten der europäischen Staaten zu erhalten.“ Ohne von den möglichen Folgen eines europäischen Krieges zu reden, von Folgen, die für die Interessen im Allgemeinen, wie für die Interessen des Augenblicks, für die Entwicklung des Privatcredits und unserer industriellen Anstalten, für unsere Bemühungen, die Konkurrenz des Auslandes zu bestehen, unberechenbar wären: so schauet nur auf diese unermessliche Masse von Obligationen und Aktien aller Art hin, die durch alle Hände, alle Stände gehen, und beurtheilt dann, welches Unheil, welches Elend über alle Familien in Frankreich hereinbräche, wenn unser unglückliches Land in einen Krieg mit dem Kontingent verwickelt würde. Man muß zittern, wenn man daran denkt. Wir würden, meine Herren, einem grausenhaften Untergange entgegensehen. (Verschiedenartige Bewegung.) Ich spreche ohne Bitterkeit, als ehrlicher, gewisserhafter Mann. In meinem Alter hat man sich um die Zukunft nicht zu kümmern; ich werde durch keine persönlichen Gründe bestimmt, stets aber werde ich meiner Leidenschaft für das schöne, glückliche Schicksal meines Vaterlandes treu bleiben.“ (Beifall und Zustimmung auf verschiedenen Bänken.)

Nach dieser Rede verlassen die Deputirten ihre Plätze und die Sitzung bleibt eine Viertelstunde ausgesetzt.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 15. Jänner.

Die Rettung der Einfalt'schen Eheleute vom Erstickungstode ist, wie wir hören, vorzüglich der raschen und umsichtigen Hülfeleistung der Herren Wundärzte Gregoritsch und Finz zuzuschreiben.

— Heute Abend findet die 31. Versammlung der juristischen Gesellschaft im Gesellschaftslokale statt.

— Morgen Abend soll wieder eine gesellige Zusammenkunft der Säng. Turner und Schützen im Fischer'schen Lokale stattfinden, bei welcher Gelegenheit das auf den Narrenabend bezügliche Besprechen werden soll.

— Für die Karstbewaldung sind in der letzten Triester Stadtrathsitzung circa 2300 fl. bewilligt worden. Damit läßt sich wohl nicht viel anfangen.

— Aus verschiedenen Gegenden des Küstenlandes, namentlich aus den Bezirken Volosca, Pissino, Castelnuovo, Capodistria, Sefana und Monfalcone laufen Nachrichten über die Störungen und Unfälle ein, welche durch den großen Schneefall und den gleichzeitigen Sturm veranlaßt wurden. Zwischen Sefiana und Duino fand man zwei Personen, von Kälte erstarrt, auf der Straße liegen, von denen nur eine ins Leben zurückgerufen werden konnte. Eine Bäuerin von Gornale ist am 1. d. M. auf dem Heimwege erfroren.

Wiener Nachrichten.

Wien, 13. Jänner.

In den bürgerlichen Kreisen Wiens beabsichtigt man dem Mitgliede des Herrenhauses, Grafen Anton Auersperg, für sein liberales und verfassungsfreundliches Wirken eine Vertrauensadresse zu überreichen. Dieselbe soll in mehreren öffentlichen Lokalen zur Unterzeichnung aufgelegt werden und wird voraussichtlich viele Tausende von Unterschriften erhalten.

— Der k. k. pensionirte Hofrath und Truchseß Anton Ritter v. Chlumetzky ist am 10. d. M. in Brünn, 87 Jahre alt, gestorben.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 15. Jänner. Der Bundestag hat den österreichisch-preussischen Antrag wegen Schleswigs mit 11 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Oesterreich und Preußen erklärten nun, die Sache in ihre eigene Hand nehmen zu wollen. Es erfolgten Proteste und Gegenproteste.

München, 13. Jänner. Die heutige „Bayer. Ztg.“ schreibt, die Zeitungsnachricht, daß die deutschen Großmächte im Einvernehmen mit Baiern am Bunde Maßregeln gegen den Zentralausschuß zu beantragen beabsichtigen, ist aus der Luft gegriffen. Die bayerische Regierung übt ihre Pflicht, mag sie auch peinlich sein, in der Handhabung des Vereinsgesetzes, aber sie ist nicht Willens, noch veranlaßt weiter zu gehen.

Berlin, 13. Jänner. Heute erfolgte im Abgeordnetenhaus die Abstimmung über den Militäretat. Für die Kosten der Armeeorganisation im Betrage von circa 5½ Millionen Thalern stimmten die konservative Partei, die Minister und einige Mitglieder der katholischen Fraktion. Auch der Antrag, diese Kosten im Extraordinarium zu bewilligen, wurde mit 280 gegen 35 Stimmen verworfen.

Berlin, 13. Jänner. Die „Nordd. allg. Ztg.“ ist ermächtigt, die verbreitete Nachricht von Verhandlungen der Staatsregierung mit Banquierhäusern wegen einer Anleihe, namentlich über eine beabsichtigte Kronanleihe als erfunden zu erklären. Es seien der Staatsregierung allerdings von hiesigen Banquiers und von den bedeutendsten europäischen Häusern die umfassendsten, zuvorkommendsten Anerbietungen zugegangen, die Regierung habe sich aber seither zur Anknüpfung von Verhandlungen nicht veranlaßt gefunden.

Hannover, 13. Jänner. Das Ministerium hat die Verbindung der Vereine für Schleswig-Holstein mit dem Frankfurter Zentralausschuß und mit dem hiesigen Zentralkomitee verboten; nur den einzelnen Vereinen wurde ihre Thätigkeit gestattet.

Altona, 13. Jänner. Die Bundeskommissäre erließen eine Bekanntmachung über die zeitweilige Behandlung der Zollverhältnisse. Seit dem 22. December wird Dänemark und Schleswig als Ausland behandelt. Die Schiffsabgaben werden nach den bestehenden Taxen geleistet. Der Verkehr zollpflichtiger Waaren landwärts kann nur über Rendsburg und Levensau stattfinden.

Rendsburg, 12. Jänner. Die Bundeskommissäre sind heute hier angekommen, wie es heißt, wegen der Sechsdörferfrage.

Berichte aus Kopenhagen vom 11. d. M. schildern die Situation als für die Erhaltung des Friedens sehr günstig.

Paris, 14. Jänner. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht bezüglich der Anleihe Folgendes: Die Subskription ist öffentlich, beginnt am 18., der Emissionskurs ist 66.30 mit vom Jänner laufenden Interessen. Subskriptionen auf sechs Franks Rente werden nicht reduzirt. Betreffs der Einzahlung ist ein Zehntel bei der Subskription, der Rest in zehn gleichen Monatsraten zu erlegen.

Brüssel, 12. Jänner (Nachts.) In Brügge wurden die Regierungskandidaten von den drei Kandidaten der Alerikalen mit großer Majorität geschlagen. Hierüber herrscht Aufregung. Der Rücktritt des Kabinetts oder die Kammerauflösung wird als unvermeidlich betrachtet.

Stockholm, 12. Jänner. Der Herzog von Vermland ist schwer erkrankt.

Gestern wurde ein außerordentlicher Storting für Norwegen wegen Kriegerüstungen einberufen.

New-York, 2. Jänner. Die Bundesregierung dementirt die Nachricht, daß sie konstatirt habe, sie werde die mexikanische Monarchie niemals anerkennen; die dem Kongresse unterbreitete Korrespondenz werde den wahren Sachverhalt darlegen.

Der Konföderirtenkongreß nahm das Gesetz an, welches die Stellvertretung Militärdienstpflichtiger gestattet.

Theater.

Heute Freitag: Geschlossen.

Morgen Samstag: Zum Vortheil des Schauspielers Herrn Josef Böder, unter gefälliger Mitwirkung der Musikkapelle des k. k. vaterländischen Linien-Infanterie-Regiments Prinz Hohenlohe-Langenburg Nr. 17, zum ersten Male: **Königin Margot**, oder: **Die Hugonotten**. Dramatisches Gemälde in 5 Abtheilungen, nach Alexander Dumas frei nachgebildet von F. Adami.

